

# Neues Zeitungsblatt

## Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Neue Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 2.40 Reichsmark, das halbjährliche 12.00 Reichsmark, das vierteljährliche 6.00 Reichsmark. Die Preisliste enthält die Preise für den Abdruck von Anzeigen. Die Preisliste enthält die Preise für den Abdruck von Anzeigen. Die Preisliste enthält die Preise für den Abdruck von Anzeigen.

### Neues in Kürze.

**Deutscherungen und Radiotelegramme.**  
In der gestrigen Mitgliederversammlung der Berliner Ortsgruppe des preussischen Ritterschwerts wurde der Führer des republikanischen Ritterschwerts, Kammergerichtspräsident Dr. Großmann aus dem Verein ausgeschlossen. Der Beschluß wird damit begründet, daß Großmann in Reden und Artikeln großen Teilen des Ritterschwerts verfassungswidrige Geltung beigemessen habe. Großmann wies in einer Rede die Aufhebungen zurück. Gegen den Beschluß ist Berufung beim Gesamtschied eingeklagt worden.

Während gestern Abend der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin den Flugplatz Tempelhoferfeld besichtigten, wurde die im Eingang zum Flugplatz geschützte schwarz-rot-goldene Reichsflagge und die Berliner Stadtflagge von jungen Burschen, die in den Sälen eingedrungen waren, heruntergerissen und mit Füßen getreten. Es handelt sich um Angehörige der kommunistischen Partei. Es wurden von der Polizei gefaßt.

Im Preussischen Landtag mußte gestern die zweite Beratung über die vom Zentrum herriedende Trennung der Provinzen Oberschlesien und Niederschlesien verlangt werden, da die Reichsparlament durch Nichtbeteiligung an der Abstimmung das Haus beschlußfähig machte. Sodann wurden zur Hochwasserkatastrophe in Ostpreußen die Schäden und sonstige Hilfsleistungen festzustellen.

In Dresden ist gestern der engere Ausschuss des Lausitzer Volkskomitees zu achtzigsten Beratungen zusammengetreten. Die Delegierten sind vollständig erschienen. Abends fand eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt, in der die auswärtigen Delegierten über die kirchliche Lage in ihren Ländern berichteten. In dem Lausitzer Volkskomitee haben die lausitzer Kirchen und freien Arbeitserbände Europas und Nordamerikas ihren internationalen Zusammenhalt gefunden.

Vom polnischen Gericht in Katowitz wurde der deutsche Schulrat Duedek wegen angeblicher staatsfeindlicher Betätigung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, vier Monate Untersuchungshaft wurden angedroht. Duedek wurde gegen eine Kaution von 50 000 Zloty auf freien Fuß gesetzt. Er hat gegen das Schandurteil Berufung eingelegt.

Zur 20prozentigen Tarifserhöhungsbewegung im deutschen Bergbau wird heute gemeldet: Die Forderungen sind von der gesamten schlesischen Bergarbeiterchaft gestellt, ferner von den Arbeitern der großen Ruhrbergwerke wie Thyssen, in Dortmund, Kettler und in Teisvoren, Salsens und Thüringens. Es ist damit zu rechnen, daß bis Mitte des Monats die Kündigung aller bestehenden Tarife generell ausgesprochen sein wird, um auf dem Wege der neuen Lohnbewegung die erhöhten Knappheitsbeiträge der Arbeitnehmer auf die Unternehmer abzuwälzen. Die unmittelbare Gefahr eines Streites besteht bis jetzt in keinem der deutschen Bezirke.

Ein unterirdischer Stollen liegen noch keine Einzelheiten vor über die dem „Berl. Tagbl.“ gemeldete bevorstehende Freilassung deutscher Gefangener in Rußland und verurteilter Russen in Deutschland. Bezüglich der Talsache kann an amtlicher Stelle mitgeteilt werden, daß Verhandlungen nach dieser Richtung bereits seit vielen Monaten zwischen dem Vizekonsul in Moskau gegen die drei deutschen Studenten. Eine auch nur vorübergehende Freilassung der schon erkrankten beiden deutschen Studenten aus der Untersuchungshaft haben die Russen abgelehnt.

Die Pariser Kammer hat gestern die Wahl des in einer Nachwahl in dem Departement Gers Altes gewählten Abgeordneten Maurice de Kettler, der während der vorangegangenen Legislaturperiode den nationalen Block angehöre, mit 209 gegen 86 Stimmen für ungültig erklärt. Wie wir letztens berichteten, erfolgte die Wahl auf Grund von sechs in Frankreich einträglichen Gelbescheinen und finanziellen Verbindungen an die Wähler.

Nach Nachrichten aus Ghinesischer Luoc teil General Wupufu die notwendigen Befehle für den Marsch auf Kanton erteilt haben.

### Hindenburg verhindert die Regierungskrise. Zurückziehung des Fürstengesetzes. Verlängerung des Sperrgesetzes

Die mit höchster Spannung erwartete gestrige Reichstagsitzung nahm einen höchst unerwarteten Verlauf.  
Als erster Redner gab Welts namens der Sozialdemokraten den Beschluß seiner Partei bekannt, die Regierungsvorlage über die Fürstenernennungen abzulehnen. Die Begründung dafür war eine demagogische Fehde im Gitt der Fürstenernennungspropaganda. Im Anschluß daran forderte Welts Verlängerung des Sperrgesetzes und Auflösung des Reichstages.

Sodann begründete Graf Westarp die Haltung der Deutschnationalen, wobei er besonders darauf hinwies, daß seine Partei aus vorseheren und getreuen der Regierung ihre Mitarbeit zum Zustandekommen einer Regelung der Fürstenernennungsfrage angeboten habe mit negativem Erfolg, und daß die Regierung in ihrer Keilung nach links den Sozialdemokraten sogar das Angebot gemacht habe, als Belohnung für die Zustimmung zu dem Fürstenernennungsbeschlusse die Deutschnationalen nunmehr geschlossen gegen das Fürstenernennungs- und gegen Verlängerung des Sperrgesetzes stimmen. Zum Schluß forderte er alle auf dem Boden der Staatsordnung stehenden Parteien zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen die neue Revolutionen auf. — Dann erhob sich Reichstagspräsident Dr. Marx zu der mit größter Spannung erwarteten Rede.

Die hier darauf hinwies, daß die Regierung sich der schwebenden Stellung der beiden großen Fraktionen auf die Weiterverhandlung keinen Wert lege und die Beschlüsse der Reichstagsregierung habe beschleunigt, bei der Ablehnung durch eine Mitglieder der Reichstagsopposition herbeizuführen, da aber keine Parteien ablehnen, es sei davon Abstand. Auf den dringenden Wunsch des Reichspräsidenten habe das Reichsministerium aus ihren Mitteilungen sich wieder zurückgezogen.

Von den Kommunisten wurde diese Regierungserklärung mit Gelächter und höhnischen Jurzen aufgenommen. Ihr Vertreter kündigte einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung an.

Obwohl der Reichstagspräsident gestern sich gegen eine Verlängerung des Sperrgesetzes für den Fall der Ablehnung der Hauptvorlage erklärt hatte, wurde heute ohne Debatte

die Verlängerung des Sperrgesetzes bis 31. Dezember d. J. gegen die Stimmen der Linken bei Stimmenhaltung der Deutschnationalen beschlossen.

### Diktatur in Frankreich?

In Frankreich herrscht wieder Krisenluft. Zunächst stürzt der Front weiter. Am Freitag erreichte er seinen bisher tiefsten Stand mit 182 1/2 Franc für ein Pfund Sterling. Der Hauptgrund der aus in Amerika herrschenden pessimistischen Frontenbewegung ist die Annahme, daß Caillaux's Einbürgerungsplan nicht ausreichen und vor allem bei ihrer Durchführung auf den härtesten Widerstand der französischen Franzosen stoßen werden. Gleichzeitig dauert die Kapitalflucht an.

Anderseits bereitet die Rechte den Sturz Caillaux und die Ausrückung einer schicksalhaften Diktatur vor: Aus Marseille wird mitgeteilt, daß sich gestern der „Bund französischer Politiker“ gebildet hat, mit dem Ziel der Umwandlung der französischen Verfassung in eine solche, die für die Genierung Frankreichs die Diktatur zuläßt. Boncompagni, Willersand und zahlreiche ehemalige prominente Regierungsglieder fanden bei dieser Vereinigung telegraphische Begrüßungswörter.

Die Lage kann außerordentlich ernst werden, da Caillaux nicht der Mann ist, der sich leicht verdrängen läßt, und da er in Voraussicht des kommenden als einen zuverlässigen Kandidaten zum Kriegsminister ernennen ließ, um so die Verdrängung für sich zu sichern. Die Politiker arbeiten ihrerseits lieberhaft daran, das Meer auf ihre Seite zu bringen, wobei sie auf die Sympathien der Wechsler der Offiziere rechnen.

Man rechnet die Tage des jetzigen Kabinetts als gefährlich an und rechnet mit der Möglichkeit, daß Caillaux die Pläne der Rechten mit einer Diktatur beantwortet.

nationalen beschließen. Es besteht also nun die Möglichkeit, beim Wiederzusammentritt des Reichstages im Herbst noch einmal eine gesetzliche Regelung der Abstimmungsfrage zu versuchen.

### Ein Schreiben Hindenburgs.

Die Erklärung für die gänzlich unerwartete Haltung der Regierung gibt das nachstehende Schreiben, das Hindenburg vor der Reichstagsitzung an den Reichstagspräsidenten richtete:

Sehr geehrter Herr Reichstagspräsident!  
Ich höre, daß das Kabinett angesichts des zu erwartenden Scheiterns der Gesetzesvorlage über die vernünftigen rechtlichen Auseinandersetzungen mit den Fürstenernennungen über die Frage der Auflösung des Reichstags und die des Austritts der Reichsregierung denkt. Ich möchte Ihnen hierzu meine Auffassung dahin lauten, daß ich mich zu einer Auflösung des Reichstags aus inneren wie außenpolitischen Gründen jetzt nicht entschließen kann, und daß ich aus denselben Gründen aus einem Austritt der Reichsregierung für unmöglich halte. Ich bitte Sie, Herr Reichstagspräsident, wie die anderen Herren der Reichsregierung daher, von dem Gedanken einer Demission Abstand zu nehmen.  
Mit der Reichsregierung verbleibe ich vereint.

Nach der Entscheidung der Abstimmungsfrage wurde u. a. eine Koalition zum Reichstagspräsidenten angenommen, die für gewisse heuliche Veränderungen an Wahlverfahren das Amtverfahren bei den Wahlen zuläßt. In einem weiteren Antrag hat die Regierung zur Förderung der Reichstagsreform aufgeführt. Dann wurde ein Verleumdungsgesetz angenommen, das die Kandidatenlisten für langjährig in einem Betriebe beschäftigte Angestellte verlängert. Der nächste Antrag, der die Entscheidung über die Zulassung des Reichstages in bestimmten Fragen dem Staatspräsidenten zuerkennt, wurde dem Reichstagspräsidenten überreicht. Angenommen wurde das Gesetz, das die bisherige Verfassung der Schulpolizeibeamten auf 12 Jahre ausstreckt. Schließlich wurde auf Antrag des Reichstagspräsidenten die Genehmigung zur Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten Federer, Hörne, Ködner, Pfeiffer, Kemme und Gädert verweigert.

### Polen in Not.

Die Lage in Polen steht nach den übereinstimmenden Berichten deutscher Zeitungsreportagen aus Warschau vor neuen entscheidungsreichen politischen Ereignissen. Die pessimistischen Berichte finden eine gewisse Bestätigung in der Tatsache, daß an polnische Saisonarbeiter in Deutschland mitteilungsreichen Alters in den letzten Tagen mehrfach Gestaltungsbeschlüsse ausgegeben worden sind.

Das Pariser „Journal“ meldet über die Lage in Polen aus Warschau: Die Steigerung des Holzpreises hat zu einer Steigerung im internationalen Preis der polnischen Kohle geführt. Für die von Pilsudski verlangte Verfassungsänderung ist keine Mehrheit im Parlament vorhanden. Inzwischen ist es auf dem linken Kanale die kommunistische und in den Städten die schicksalhafte Bewegung fort. Im Bamberger und Weimarer Gebiet sind kommunistische Verbände aufgelöst worden, die offen die Ausrückung der Güter durch Gewalt proklamieren. Nur die Partei Hans Pilsudski gibt heute noch Gewähr, daß der Kommunismus Polen nicht erobert.

In Bezug auf das deutsche Niederlassungsrecht in Polen hat die Formalisierung der Erklärung der polnischen Delegation Parisgekommen, die die grundsätzliche Bereitwilligkeit erkennen läßt, den Deutschen das bisher verweigerte Niederlassungsrecht in Polen zuzugestehen.

Der „Berl. Herald“ meldet aus Leres an den polnischen Botschafter: 180 polnische politische Flüchtlinge seien in Leres, ebensoviel in Warschau und Poznane. Die polnische Regierung hat die Grenzen geschlossen.

### Die neue Lage.

#### Die Haltung der Deutschnationalen. Hindenburg der Reiter.

Von einem Deutschnationalen. Der Kampf der Parteien um das Fürstenernennungsrecht in Berlin aus nächster Nähe beobachtet hat, wird uns zu der Haltung der Partei folgenden gestützt:  
Der ganze Streit war ein reinen Machtkampf der Parteien, hinter dem der eigentliche Gegenstand, die Fürstenernennungsfrage, völlig zurücktrat. Entscheidend war dabei zunächst das Zentrum und sein Führer, der Reichstagspräsident Marx. Für ihn war maßgebend, daß bei dem Reichstagspräsident ein sehr erheblicher Teil der Zentrumsmehrheit — zwischen 1 bis 2 Millionen, die alle 16 bis 24 Abgeordnetenmandate (je 40 000 Stimmen 1 Mandat) von den 40 Mandaten des Zentrums entziehen — entgegen der Parteiparole für die Fürstenernennungsfrage der Sozialdemokraten und Kommunisten gestimmt haben.

Das sollte dem Führer dieser Partei vor die Wahl, entweder eine Parteistatistik durch Aufschwimmen dieser Wählermasse zu den Sozialdemokraten einzulassen zu lassen oder aber alles zu tun, um die Sozialdemokraten durch Zugewinnung für die Annahme des Kompromisses zu gewinnen. Als treuer Parteiführer sollte er die Wahl Marx den letzten Weg, genau das, was ihm seine Partei am liebsten ist, die Lösung der Reichstagsfrage, also insbesondere die Wahl der Reichstagspräsidenten, als notwendigste Maßnahme zur Vermeidung des Scheiterns der Reichstagsregierung angesehen haben.

Deutschnationalen muß, die diesen Einlass nicht möglich mitmachen konnten. Ein Zusammengehen mit ihnen und damit zugleich das größte und durch das Ergebnis des Reichstagspräsidenten an sich gegebene Ziel der Schaffung einer bürgerlichen Einheitsfront gegen die Revolutionspartei kam somit für Marx gar nicht in Frage und wurde also überhaupt nicht erwogen. Das reichte Parteiprogramm, indem Marx und das Zentrum die Einheitsfront der Reichstagspartei von vornherein verzichtete.

Trotzdem waren innerhalb der deutschnationalen Reichstagsopposition eine beträchtliche Zahl von Abgeordneten durchaus bereit, um das bisherige Ziel, nämlich die Beibehaltung gegen das Fürstenernennungsrecht zurückzuführen, um es zur Teilnahme zu bringen und damit den Reichstagspräsidenten und die ganze künftige politische Lage gefährdenden Fürstentum aus der Welt zu schaffen.

Aber mit diesem guten Willen allein war es nicht getan, dafür sorgten die Hauptoppositionen und Urheber des ganzen Streites, die marxistischen Parteien. Sie warteten nur darauf, daß die Deutschnationalen sich auf die feste Ebene der Reichstagspräsidenten bewegen, um sie durch einen radikalen Abstimmungsentscheid zu bezwingen, daß die Deutschnationalen zur Ermöglichung der Gesetzesannahme dann sich hätten scheitern lassen, und daß die Deutschnationalen Wähler mit ihren Abgeordneten nicht mehr mitgezählt hätten und also eine Kräfte in der Reichstagsnationalen Partei entstehen würde.

Dieses Spiel wurde den Sozialdemokraten durch den Verdränger, daß die Deutschnationalen sich nicht aus ihrer Reserve herauslösen ließen und vor allem dadurch, daß Marx aus den obigen Gründen von einem ernstlichen Zerplatzen der Reichstagsopposition von vornherein Abstand nahm. Es ist gar nicht zu einer entscheidenden Entscheidung kommen, nicht, sondern es wurde immer eine Entscheidung mit dem Sozialdemokraten gegen die Deutschnationalen suchte.

Das Spiel der Sozialdemokraten wurde dann vollends unabweisbar, als innerhalb der sozialistischen Reichstagsopposition die Angst vor der kommunistischen Revolution als andere Erwägungen zurücktreten ließ und zu dem Beschluß führte, das ganze Kompromissziel überhaupt abzulehnen.

Marx sah diese Gefahr kommen und beschloß, die Regierung solle im Fall der Ablehnung der Fürstenernennungsfrage aus der Verfassung des Sperrgesetzes keinen Wert. Die Verfassungserklärung der Reichstagsopposition erlaubte sich, daß dann die oberirdischen Verträge nicht auf Grund des Sonderrechts der Reichstagsopposition, sondern auf Grund des verfassungsmäßigen und also für die Parteien gleichgültigen der Auseinandersetzung über die Reichstagspräsidenten.

migen herbeiführen, sollte die Sozialdemokratie...

„Allgemeine Abrüstung“ — der Deutschen.

Nach den von Paris vorliegenden Berichten...

Der Vorkriegsstand tritt Mitte kommender...

Streikfortsetzung in England.

Der Generalrat der englischen Gewerkschaften...

Die rote Front.

Von Interesse ist die Feststellung, daß schon vor...

Die Anleiheablösung.

Der Staatsbankrott der Reichstages genehmigte...

Hande sein, ihre Sparmaßnahmen auf eigenen...

Es wurde ein Antrag angenommen, der die...

Härten bei Berechnung des Ruhegehalts.

Zur dritten Beratung des Finanzhaushalts...

Lehrer und religiöse Feiern.

Der preussische Kultusminister hat auf eine...

Feinde des Deutschtums im Elsaß.

Die lothringische katholische Partei, die weit...

als eine „nationale Partei“ in ihrer Einfließen...

Angelsichts der bisherigen Unterfaltung...



„Bitte zugreifen, Herr Briand! Es ist noch eine gute Auswahl auf Lager.“

Wie der Prager „Lagespost“ aus Agram...

Die Soldaten der Garnison Solmas bei...



Zu Hausrückungen bei Uchi, Neumünster, Linder...

Berliner Schattenriss.

Schauspielerrollen. — Der ausrückende...

bankeits, Selbstverstellungen und Festes un-

zent, etwas verdrossen über die Ausländer,

optimistisch, so wird's strahlend hell, erstickt aber...

Der Banddirektor H. soll ein strenger Rego-

„Und wie? Er fährt sogar nur mit Appl-